

„Staffelstabübergabe“ in der Linksfraction

Aus der Linksfraction: Drei Landrätinnen, eine Oberbürgermeisterin, ein Bürgermeister

Man werde natürlich auch weiterhin sehr eng zusammenarbeiten, kündigte Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, am 19.6.2012 in Erfurt bei der Verabschiedung von fünf der 26 Fraktionsmitglieder an: Petra Enders, Birgit Keller und Michael Sojka treten zum 1. Juli ihre Ämter als Landrätinnen im Ilmkreis, dem Landkreis Nordhausen und dem Altenburger Land an, Katja Wolf wird dann Oberbürgermeisterin von Eisenach, Ralf Hauboldt wird Bürgermeister von Sömmerda.

Bodo Ramelow erinnerte im Restaurant „Feininger“ des Thüringer Landtages nicht nur an „schlaflose Nächte und einen anstrengenden Wahlkampf“, sondern fand für alle Fünf ganz individuelle, würdigende Worte des Dankes: für Ralf Hauboldt als Mitautor des Konzepts einer Funktional-, Verwaltungs- und Strukturreform und vor allem als Vorsitzenden des Justizausschusses, der viele brisante Themen zu bearbeiten habe, für Michael Sojka für die Entwicklung des Schulkonzepts und des Schulgesetzes der Fraktion, für Petra Enders als eine „engagierte Streiterin für die Energiewende, Bürgerbeteiligung und mehr kommunale Beteiligung“, für Katja Wolf wegen ihres Engagements gegen Werraversalzung, Erdfälle und Fracking und für neue außerparlamentarische Aktionsformen wie Paddeltouren auf der Werra, für Birgit Keller, die in die Haushalts- und

Finanzpolitik nicht nur immer wieder die kommunale Perspektive, sondern auch ihre langjährigen Erfahrungen als Selbstständige habe einfließen lassen.

Michael Sojka nahm in einer sehr

scheidenden Abgeordneten folgte die Begrüßung der fünf „Neuen“ in der Fraktion (ebenfalls mit Blumen und Rotwein). Wobei es sich bei den meisten von ihnen gar nicht um Neulinge



v.l.n.r. Ralf Hauboldt, Dr. Johanna Scheringer-Wright, Petra Enders, Dirk Möller, Bodo Ramelow, Michael Sojka, Maik Nothnagel, Ralf Kalich, Diana Skibbe

emotionalen Dankesrede den „Eingangsbau“ des Fraktionsvorsitzenden auf und regte an, ab jetzt in guten wie in schlechten Zeiten „von 26 plus fünf“ zu reden. Dafür gab es viel Beifall der Anwesenden.

Dank für geleistete Arbeit

Dann wurde sozusagen der parlamentarische Staffelstab weitergegeben: den guten Wünschen, einem Blumenstrauß und rotem Wein für die aus-

handelt – Diana Skibbe, Dr. Johanna Scheringer-Wright, Ralf Kalich und Maik Nothnagel verfügen bereits über mehrjährige Parlamentserfahrung aus vergangenen Legislaturperioden, neu dazu kommt Dirk Möller. Die Veränderungen haben auch Auswirkungen auf Sprecherfunktionen, Fraktions-Arbeitskreise, die Besetzungen von Landtagsausschüssen und die Struktur der Wahlkreisbüros.

Stefan Wogawa

KOMMENTIERT:

von Karola Stange

Abgeordneten-Boikott mit Füßen

Nach der abgebrochenen Tagungssitzung muss die Bundeskanzlerin einsehen, dass sie in ihren eigenen Reihen keine Mehrheit für das Betreuungsgeld hat. Neben der Opposition haben 126 Abgeordnete der Redenfraktionen den Plenarsatzungen, sodass die Sitzung unterbrochen werden musste und das Betreuungsgeld nicht wie geplant gleich in die Haushalte überwiesen werden konnte.

Dieser Boykott mit Füßen ist ein klares Votum gegen das Betreuungsgeld und ihre Beibehaltung. Nachdem die Betonköpfe der CDU/CSU die Familienvertretungen von OECD, Unicef und der Gewerkschaftsbund sowie zahlreiche Elternverbände in den Wind geschlagen haben, scheitern sie an den eigenen Kolleginnen und Kollegen. Hier kann man nur sagen: Bravo! Der eigenen Kanzlerin, die solchen Schaden zuzufügen von großem Mut und normalem Widerwillen gegen die CDU/CSU-Entscheidung.

Jetzt ist der Moment gekommen, an dem Innehalten und Umdenken angesagt ist. Die Einverständigen Kinderschutzverbände werden ernst genommen werden, doch zutiefst ungerecht, dass Eltern, die von Hartz IV leben, das Betreuungsgeld nicht erhalten – sie gehen also manchmal leer aus, unabhängig davon, ob sie ihre Kinder zu Hause oder in die Kita geben. Die staatliche Leistung, die Hartz IV angerechnet wird, wird sich die soziale Schieflage im Land. Es ist doch ein Widerspruch, wenn behauptet wird, dass die Erziehungsleistung der Eltern nicht dem Betreuungsgeld belohnen, dies aber nicht für alle Eltern gilt, sondern nur für diejenigen, die das Geld erhalten. Es kommen zu lassen, indem die Betreuungsstrukturen nicht verändert werden, sollen nur diejenigen, die sich ideologisch verhalten. Andere, die so leben wollen oder können, werden nicht berücksichtigt.

Es kann nicht um eine Einverständigen für ein erwünschtes Elternverhalten gehen, sondern muss darauf bestehen, die Kinder bestmöglich zu unterstützen. Solange aber noch aus der Kinderbetreuungsangebotsqualifiziertes Personal fehlt, ohnehin fahrlässig, das Betreuungsgeld an andere auszugeben.

AKTUELL

EU als Gleichstellungsmotor

„Wenn sich Deutschland nicht bewegt, wird die Quote über Europa eingeführt“, sagte MdL Karola Stange zur Weigerung der Bundesfamilienministerin, Christina Schröder, eine verbindliche Quote für Aufsichtsräte einzuführen. Justizkommissarin Viviane Reding hat angekündigt, im Sommer konkrete Vorschläge für eine EU-weite Regelung zu machen. „In Sachen Gleichstellung kann die EU als Entwicklungsmotor angesehen werden. Während in Deutschland Kristina Schröder auf Selbstverpflichtungen und Flexi-Quote setzt, verweist Reding auf die Zuständigkeit Europas und fordert eine schnellere Gangart. Dem können wir uns nur anschließen.“ 2011 ist der Anteil der Frauen in den Chef-

sesseln bei den 200 größten Unternehmen Deutschlands mit nur drei Prozent genau so niedrig gewesen wie im Jahr davor. „Die LINKE hat bewiesen, dass mithilfe der Quote kompetente Frauen Chancen erhalten, die ihnen sonst vielleicht nicht eingeräumt worden wären. Dass wir jetzt eine Oberbürgermeisterin und drei Landrätinnen haben, ist nicht zuletzt einer Geschlechterquotierung geschuldet, die traditionell ungleich verteilte Chancen korrigiert.“

Frauen sind gut qualifiziert – und sie sind es leid, immer weiter verdrängt zu werden.“ Karola Stange verweist auf aktuelle Quoten-Initiativen. Allein die Berliner Erklärung haben weit über 16.000 Frauen und auch Männer unterschrieben. Die Initiative „Pro Quote“ von Journalistinnen hat schon über

3.500 Unterstützerinnen. Wenn es heißt, die Besten würden sich schon durchsetzen, schiebe das „den Frauen den schwarzen Peter zu“ und es ignoriere vollständig die Macht „von Männerseilschaften und die Dicke von gläsernen Decken“. „Als gleichstellungspolitische Sprecherin der Linksfraction habe ich die Berliner Erklärung unterschrieben, obwohl uns 30 Prozent nicht reichen.“

Karola Stange ist schon sehr gespannt, was aus Brüssel vorgegeben wird und wie sich Bundes- und Landesregierungen dann verhalten. Die LINKE fordert die Landesregierung auf, in ihrem Machtbereich die Frauenbeteiligung zu verbessern – „dafür muss niemand auf Vorgaben aus Europa warten“.